

Standort Schweiz auf Abwegen

Staatssekretärin Ineichen-Fleisch will den Freihandel fördern

yeh. · An den Grundfesten des wirtschaftlichen Erfolgsmodells Schweiz wird gegenwärtig kräftig gerüttelt. Nicht nur die 1:12- oder die Minder-Initiative, sondern auch die Forderungen nach einem Mindestlohn und einem bedingungslosen Grundeinkommen gefährden den Standort Schweiz. In ihrem Referat am Donnerstag vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hat Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), betont, dass sie solche Instrumente als völlig unangebrachte Eingriffe in die Privatwirtschaft erachtet. Sie würden nicht zum gewünschten Ziel, nämlich zu mehr Gerechtigkeit, führen. Dafür seien bereits andere Mechanismen wie eine Umverteilung über Steuern vorhanden.

Gleichzeitig erläuterte die Rednerin, wo sie Handlungsbedarf sieht, damit die Schweiz ihre Führungsrolle im internationalen Wettbewerb auch künftig wahrnehmen kann. Angesichts der anhaltenden Schuldenkrise in Europa ist es nach ihrem Urteil essenziell, dass Unternehmen ihre Exporte noch breiter diversifizieren. Um diesen Prozess zu unterstützen, wolle die Regierung zusätzliche bilaterale Freihandelsabkommen (FHA) abschliessen. Diese Strategie sei momentan praktisch der einzig gangbare Weg, weil Diskussionen über weitere Marktliberalisierungen auf multilateraler Ebene im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) seit Jahren nicht vorankämen. Ineichen-Fleisch betonte jedoch auch, dass die Schweiz für einen erfolgreichen Abschluss von FHA mit einigen Ländern wohl langfristig nicht darum herumkommen werde, den Agrarsektor zu öffnen.

Man müsse aber nicht nur den Freihandel fördern, sondern vor allem auch als Land selbst offen bleiben, sagte sie. Abschottung sei das falsche Mittel, um den Wohlstand zu sichern. Hierzulande sei der liberale Arbeitsmarkt einer der grössten Trümpfe. Er sei allerdings auf genügend qualifizierte in- wie ausländische Fachkräfte angewiesen. Deshalb bleibe die Zuwanderung aus anderen Staaten, vornehmlich aus der EU, für die Schweizer Wirtschaft wichtig, sagte sie überzeugt.